

Deutschland.

Berlin, 1. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Director der Laubstummeln-Anstalt in Berlin, Reimer, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Kirchmeister und Bürgermeisterei-Beigeordneten Georg Heinrich Koz zu Hildesbach im Kreise Siegen den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer Bohlmann zu Bielefeld den Adler der Jagader des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Regierungsrath Jucker in Posen bei dem Ausschreiben desselben aus dem Staatsdienste den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen; den Kammergerichtsrath Oppenheim hier selbst, den Tribunalrath Kirchhoff in Königsberg und den Appellationsgerichtsrath von Forcade de Biaix in Hamm zu Ober-Tribunalrathen; die Kreisrichter Kirchner in Breg, Jensch in Landeshut, Sch in Breslau, von Rahnen in Ramlau, Schubart in Landeshut, Schulz in Neumarkt, Brauer in Bollenhagen, Allig in Zauer, Meißner in Obilau, Thierlein in Landeshut, Steiner in Dels, Olbrich in Neurode, Moschner in Striegau, Baur in Bernstadt, Lindner in Reichenbach und Lehne in Obilau zu Kreisgerichtsräthen; sowie den Staatsanwalt Wachler zu Dels zum Ober-Bergrath ernannt.

Der Diätarius Julius Emil Kwan Müller ist zum Geheimen Kanzlei-Sekretär im Finanz-Ministerium ernannt worden. — Der Gymnasial-Oberlehrer Dr. Schüller in Habamar ist als Prorektor an das Gymnasium zu Ratibor berufen worden. Der ordentliche Lehrer Dr. Gustav Braumann am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin ist zum Oberlehrer befördert worden. Die Berufung des ordentlichen Lehrers Dr. Friedrich Wilhelm Meyer von der Louisenstädtischen Realschule in Berlin zum Oberlehrer am Gymnasium in Cottbus; am Stadt-Gymnasium in Seitzin die Beförderung des ordentlichen Lehrers Friedrich Herbst zum Oberlehrer ist genehmigt worden. Der bei der Realschule in Posen angestellte ordentliche Lehrer Braun ist zum Oberlehrer am Gymnasium in Rogasen ernannt und die Berufung des Prorektors Dr. Schröder von der Realschule zu Jagen in die erste Oberlehrerstelle an der Realschule zu Verleberg; die Berufung des Oberlehrers Dr. Ludwig Streit vom Bädagium in Putbus zum Oberlehrer am Gymnasium in Anklam; am Realschule-Gymnasium in Danabrid die Beförderung des ordentlichen Lehrers Carl Stille zum Oberlehrer ist genehmigt worden. Der ordentliche Lehrer Eduard Scheer beim Gymnasium in Rendsburg ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Ploen berufen worden. Am Gymnasium in Minden ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Florens Vanning zum Oberlehrer; am Gymnasium in Bochum die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Carl Hermann Walther zum Oberlehrer; an der Realschule in Spremberg die Beförderung des Lehrers Joseph Drascher zum Oberlehrer und Prorektor genehmigt worden. Der bisher bei der Realschule der Franke'schen Stiftungen zu Halle an der Saale beidseitige Lehrer Dr. Gustav Glogau ist als Oberlehrer beim Progymnasium zu Neumarkt in Westpreußen angestellt worden. Die Berufung des Rectors Finsterbuch von der höheren Mädchenschule in Minden zum Oberlehrer an der Realschule in Mülheim an der Ruhr; die Berufung des Oberlehrers Dr. Julius Trewendt von der Realschule in Remscheid zum Oberlehrer an der Realschule in Hagen ist genehmigt worden. — Dem Ober-Bergrath Wachter ist die Stelle eines Mitgliedes bei dem Ober-Bergrath zu Halle verliehen worden. — Der königliche Ober-Maschinenmeister bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn Stambe in Witten und der königliche Eisenbahn-Maschinenmeister Rohde ebenda selbst sind in gleicher Eigenschaft nach Oberfeld versetzt worden. — Der frühere Feldwebel vom Garde-Jäger-Bataillon Carl Julius Theodor Schwandt ist als Geheimer Kanzlei-Sekretär bei der Ober-Rechnungskammer angestellt.

Der Leipziger Eisenbahn-Compagnie ist die Genehmigung zur Anfertigung genereller Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Riesa über Rieta nach Elsterwerda bezüglich des diesseitigen Staatsgebietes erteilt worden.

Berlin, 1. October. [Der Geburtstag Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin] wurde gestern von Ihren Majestäten mit Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin von Baden nebst Kindern, und dem Großherzog zu Sachsen auf dem Lande bei herrlichem Wetter gefeiert. Die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften verweilten mit kleinem Gefolge auf der Burg Windel und dinirten gegen Abend im Erlenbade. Die ganze Bevölkerung des Böhler Thales betheiligte sich auf das Wärmste an dem Festtage, der auch in Baden viele Rundgebungen der Anhänglichkeit veranlaßte.

[Reichs-Invaliden-Fonds.] Die durch das Reichsgesetz vom 23. Mai d. J. (Reichs-Gesetzblatt Seite 117) eingeführte Verwaltung des Reichs-Invaliden-Fonds hat am heutigen Tage ihre Wirksamkeit begonnen. Mittheilungen und Anträge, welche sich auf Angelegenheiten des Reichs-Invaliden-Fonds beziehen, sind fortan an die Verwaltung desselben zu richten.

Berlin, den 1. October 1873.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Delbrück.

[Erlaß in Bezug auf die Amtsvergebung der Geistlichen in Hessen.] Nachdem durch die Verordnung vom 26. Juni 1867 über die Gerichtsverfassung in dem bormaligen Kurfürstenthum Hessen (Gesetz-Samm. d. 1867, S. 1085) die aus § 46 der kaiserlich kaiserlichen Verordnung vom 29. Juni 1821 über die Umwidlung der Staatsverwaltung in dem Kurfürstenthum Hessen abgeleitete Competenz der Gerichte zur Unternehmung und Befragung solcher Amtsvergebungen der Geistlichen, welche die Amtsvergebung nach sich ziehen, in Fortfall gekommen ist, inzwischen auch durch das Gesetz vom 12. Mai d. J. über die kirchliche Disciplinargewalt und die Errichtung des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten (Gesetz-Samm. S. 198) die Grenzen festgestellt sind, innerhalb deren die Kirchen die Disciplinargewalt über die Kirchendiener selbstständig ausüben dürfen, so bestimme Ich zur Befestigung der Zweifel über die Zuständigkeit der kirchlichen Behörden zur disciplinaren Verfolgung solcher Amtsvergebungen der Geistlichen und Kirchendiener, welche die Dienstentlassung nach sich ziehen, auf Ihren Bericht vom 24. September d. J. für den Amtsbezirk des Consistoriums in Kassel, was folgt:

Für Disciplinarsachen gegen Geistliche und Kirchenbeamte wegen solcher Amtsvergebungen, welche die Amtsvergebung nach sich ziehen, bildet die entscheidende Disciplinärbehörde in erster Instanz das Consistorium in Kassel, und in zweiter Instanz der Minister der geistlichen Angelegenheiten als die dem letzteren vorgelegte kirchliche Behörde. Das Verfahren regelt sich nach dem wegen der Disciplinar-Untersuchungen gegen Geistliche und Kirchenbeamte überhaupt bestehenden Bestimmungen, unter Beachtung der wegen Ausübung der kirchlichen Disciplinargewalt durch das Gesetz vom 12. Mai d. J. (Gesetz-Samm. S. 198) gegebenen landesgesetzlichen Vorschriften.

Dieser Mein Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniz zu bringen.

Berlin, den 27. September 1873.

Wilhelm.

Falk.

An den Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.

Berlin, 1. October. [Der Wahltermin. — Zur Anwesenheit des Königs von Italien. — Die Cholera.] Es ist die Nachricht verbreitet worden, daß der Kaiser vor seiner Abreise die Verordnung wegen Auflösung des Abgeordnetenhauses und der Neuwahlen desselben unterzeichnet habe. Diese Nachricht ist ungegründet. Dem Kaiser konnte eine solche Verordnung überhaupt noch nicht vorgelegt werden, da in diesem Augenblick eine definitive Entscheidung über die Wahlen noch nicht getroffen ist, weil sich nicht übersehen läßt, ob die Vorbereitungen dazu bis zu dem in Aussicht genommenen Termine überall beendet sein können. Bekanntlich lag es bis jetzt in der Absicht der Regierung, daß die Wahlen in den ersten 20 Tagen dieses Monats stattfinden sollten. Wie ich höre, hat

aber namentlich in Berlin und in anderen großen Städten, die Aufstellung der Urwählerlisten darin ein Hinderniß gefunden, daß der Aufzugstermin dazwischen fällt, und daß die definitive Aufstellung der Wählerlisten erst nach diesem Termin erfolgen kann. Dieser Umstand hat die Behörden einiger großen Städte veranlaßt, auf eine Verschiebung des Wahltermins hinzuwirken. Wenn diesen Anträgen Folge gegeben werden muß, so werden die Abgeordnetenwahlen erst Anfang November stattfinden können. Daß ein Beschluß der Allerhöchsten Instanz über diese Angelegenheit noch nicht erfolgt ist, läßt sich schon aus der Thatsache schließen, daß die „Prov.-Corr.“ keine Mittheilung darüber enthält. — Das halbamtliche Blatt kommt noch einmal auf dem Besuch des Königs von Italien zurück, um die Bemerkung zu machen, daß der Aufenthalt desselben in Berlin nicht bloß zur Befestigung der politischen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland beigetragen, sondern dem italienischen Monarchen auch lebhaftes Sympathien des Hofes und der Bevölkerung erworben hat. Diese Bemerkungen stehen in so voller Uebereinstimmung mit dem öffentlichen Urtheil über die Bedeutung und die Folgen des Ereignisses, daß die französischen Blätter, welche sich alle erdenkliche Mühe geben, den Eindruck abzuwischen, durchaus vergebliche Anstrengungen machen. Auch das „Journal des Debats“ läßt sich in einer Correspondenz aus Wien über den Vorgang vernehmen und glaubt, sehr gewichtige Mittheilungen zu machen, indem es behauptet, daß Oesterreich sich einer Vereinbarung, welche in Berlin zwischen Deutschland und Italien etwa zu Stande gekommen, gewiß nicht anschließen würde. Von Vereinbarungen oder bindenden Verträgen ist nach allen autorisirten Nachrichten gar nicht die Rede, sondern nur davon, daß zwischen Italien, Deutschland u. Oesterreich eine feste moralische Allianz gegen einen etwaigen Friedensbrecher zu Stande gekommen ist, und gerade die Mißstimmung der französischen Presse beweist, daß man das Gewicht eines solchen Einverständnisses vollständig begreift und würdigt. — In Folge Auftretens der Cholera in verschiedenen deutschen Plätzen ist seitens der französischen Sanitätsbehörden die Zulassung deutscher Auswanderer an Bord der von Hamburg kommenden, in Havre oder Cherbourg anlegenden Schiffe an den letzteren beiden Orten zur Zeit untersagt, und sind die Special-Commissäre an der Grenze angewiesen worden, deutsche Auswanderer, welche sich in französischen Häfen einzuschiffen beabsichtigen, zum Aufschub ihrer Reise durch Frankreich zu veranlassen.

[Se. Majestät der Kaiser und Königin] haben den durch Uebersehwemmung verunglückten Bewohnern der Stadt Immensenstadt in Bayern auch auf einem zur allerhöchsten Disposition stehenden Staatsfonds eine Unterstützung, und zwar im Betrage von 1000 Thalern bewilligt.

[Eidesleistung.] Die durch das Gesetz vom 23. Mai d. J. (Reichs-Gesetzblatt, Seite 117) eingeführte Verwaltung des Reichs-Invaliden-Fonds ist am 1. d. Mts. in Wirksamkeit getreten, nachdem der Vorsteher dieser Behörde, der königlich preussische Wirkliche Geheime Ober-Finanz-Rath a. D. Dr. Cwanger, sowie die vom Bundesrath gewählten Mitglieder derselben, der königlich bayerische Ober-Rechnungs-Rath Landgraf und der königlich sächsische Generalleutnant von Kottig-Wallwitz am 30. September c. in öffentlicher Sitzung des Reichs-Oberhandelsgerichts zu Leipzig den im § 12 jenes Gesetzes vorgeschriebenen Eid abgelegt haben.

[Zu den Wahlen.] Wie bereits teleg. gemeldet, bringt die „Prov.-Corresp.“ einen Artikel, in welchem sie alle Patrioten zur Theilnahme an den Wahlen auffordert. Indem sie die bisherige Theilnahmslosigkeit aus der befriedigten Stimmung des Volkes, die von liberalen und sogar oppositionellen Blättern anerkannt werde, erklärt, fährt sie fort:

„Die Staatsregierung darf diese befriedigte und deshalb ruhige Stimmung des Volkes ihrerseits als ein glückliches und hoch erfreuliches Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahre und als eine Bürgschaft weiteren hoffnungsvollen Gedeihens mit Genugthuung begrüßen, und sie hat keinen Anlaß, überhastet die Parteikämpfe etwa von Neuem zu führen. Aber nichts desto weniger muß sie dringend wünschen, daß die vertrauensvolle Ruhe der Bevölkerung nicht etwa zur Gleichgültigkeit und Theilnahmslosigkeit bei den bevorstehenden Wahlen führe, daß vielmehr die patriotische Befriedigung sich auch in der Wahl von Abgeordneten betheilige, welche von gleicher Stimmung befeuert durch ihre Bürgerschaft geben, daß sie der Regierung die Erreichung weiterer Erfolge auf der betretenen Bahn erleichtern wollen.“

Die Staatsregierung kann für sich allein und ohne die bereitwillige Mitwirkung der Landesvertretung eine entsprechende Entwicklung auf ihrem Gebiete des Staatslebens sichern; — alle durchgreifenden Entscheidungen sind nach der bestehenden Verfassung an das Zusammenwirken und an die Uebereinstimmung der Regierung und der beiden Häuser des Landtages geknüpft. Wer daher der Regierung unsern königlichen Zustimmung und Vertrauen erweisen will, der muß bei den Wahlen zum Landtage nach bester Kraft dazu mitwirken, daß in dem künftigen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit wahrhaft patriotischer und regierungsfreundlicher Männer vorhanden sei.

Wenn die Anhänger der Regierung und der bisher angebahnten Entwicklung in vertrauensvoller Ruhe und Bequemlichkeit die Hände in den Schoß legen, so werden die regierungs- und staatsfeindlichen Parteien, welche ihrerseits lebhaft und eifrig für ihre Zwecke zu wirken suchen, leichtes Spiel haben und Wahlen durchsetzen, welche jener wirklichen befriedigten Stimmung des Landes keineswegs entsprechen.

Es ist daher vor Allen dringend erforderlich, daß eine allseitige Theilnahme an den Wahlen angeregt und überall das Bewußtsein belebt werde, wie sehr durch Gleichgültigkeit bei den Wahlen die künftige Gestaltung unseres Staatslebens gefährdet werden könnte.

Je mehr die Staatsregierung es für ihre Pflicht erachtet, sich und ihre Beamten von jedem Eingriffe in die völlig freie Entfaltung der Wahlbewegung unbedingt fern zu halten, je mehr sie andererseits von der Zuversicht erfüllt ist, daß Wahlen, bei welchen die öffentliche Stimmung wahrhaft zum Ausdruck gelangt, nur günstige Ergebnisse für das weitere vertrauensvolle Zusammenwirken bringen können, desto dringender darf und muß sie alle Anhänger mahnen und bitten, mit allem Eifer in die Vorbereitungen für die Wahlen einzutreten und auf die allseitige Betheiligung der Wähler hinzuwirken.

Wenn es gegenüber der Freiheit der Wahlbewegung eine unzweifelbaste Aufgabe der Regierung ist, die Wähler über die Ziele und Wege der Regierungspolitik nicht im Zweifel zu lassen, so wird es hierzu bei den diesmaligen Wahlen ausdrücklicher Rundgebungen nicht bedürfen, da die Bestrebungen der Regierung auf allen wichtigen Gebieten des Staatslebens bereits bestimmte Gestalt gewonnen haben, und die dabei bisher leitenden Gesichtspunkte auch für die weiteren gesetzgeberischen Aufgaben maßgebend bleiben.

Die Regierung des Königs darf in dieser Beziehung der ruhigen und besonnenen Erwägung aller ernst patriotischen Kreise um so mehr vertrauen, als die Erregungen und Bestrebungen, welche auf Anlaß der jüngsten Gesetzgebungsarbeiten vielfach hervorgerufen waren, inzwischen Angesichts der praktischen Durchführung der neuen Gesetze bereits eine erhebliche Milderung erfahren haben.

Je bestimmter es zur Ueberzeugung gelangt, daß die unausweichlichen Reformen auf dem Gebiete der corporativen Selbstverwaltung und ebenso die Reformen auf dem kirchlichen Gebiete keineswegs zur Erschütterung der bisherigen Grundlagen unseres Staatswesens, sondern bei richtiger Behandlung und bei gewissenhafter Mitwirkung aller dazu Berufenen zu heilsamer Gefristung und Kräftigung der öffentlichen Zustände führen müssen, desto

mehr darf die Regierung hoffen und erwarten, daß in immer weiteren Kreisen das patriotische Pflichtgefühl und der Wetteifer zur Geltung gelangt, an der weiteren Durchführung jener wichtigen Aufgaben in einer zugleich conservativen und echt freisinnigen Richtung thätig und mitgestaltend Theil zu nehmen.

Zunächst aber muß die Regierung auf die weitere lebendige und wirkliche Unterstützung des preussischen Volkes in dem Kampfe rechnen, welchen sie zur Wahrung der höchsten Interessen des Staats und der königlichen Autorität gegen die immer gesteigerten Anmaßungen und den Troß der römischen Hierarchie zu führen hat. In dieser Beziehung vor Allem hofft sie bei den bevorstehenden Wahlen auf die volle und eifrige Betheiligung des alt-preussischen Patriotismus und des deutsch-nationalen Bewußtseins.“

Königsberg i. Pr., 1. October. [Die hiesige Regierung] hat, wie die „Hartungs'sche Zeitung“ meldet, den Protest des Prospekt-Dinder gegen die Verfassung des Polizeipräsidiums, durch welche die Beerdigung eines Altkatholiken in geweihter Erde angeordnet wurde, und das Ersuchen desselben, ihn in seinen Rechten zu schützen, einfach ablehnend beantwortet.

Oesterreich.

Wien, 1. October. [Glückwunsch-Adresse.] Ein von mehreren Mitgliedern des Gemeinderaths gestellter Antrag, dem Kaiser aus Anlaß der Feier des fünfzigjährigen Jahrestages seiner Regierungseintritt eine Glückwunschs-Adresse als Ausdruck treuer Ergebenheit darzubringen, wurde einstimmig angenommen.

Schweiz.

Zürich, 29. September. [Zur Bundesrevisionsfrage] schreibt man der „Frei. Ztg.“ von hier: Was ich Ihnen schon vor zwei Wochen meldete, — nämlich daß der Versuch gescheitert sei, im Schooße der nationalrätlichen Revisionscommission eine Verständigung über die Bundesrevision herbeizuführen — ist nun förmlich erklärt und zugegeben. Ein Telegramm des dormaligen Nationalrathspräsidenten Ziegler aus Zürich, welches den gestern versammelten Delegirten der zürcherischen Sectionen des Volksvereins vorgelesen wurde, bekräftigte in unabweisbaren Ausdrücken dieses negative, die Hoffnungen auf das Zustandekommen der Bundesrevision neuerdings sehr herabstimmende Ergebnis. Herr Anderwert aus Thurgau hatte in der Commission schließlich sogar einen Schleichweg proponirt, um den Ausgleich herzustellen, — nämlich eine geheime Sitzung der Commission! — aber dieser Antrag gab den Anti-Revisionisten nur einen erwünschten Anlaß, sich als die Gegner aller Coulisten- und Intriguenwirtschaft ins Licht zu stellen: sie verlangten daß die Commission über die Bedingungen einer Verständigung öffentlich discutire, und in Folge dessen unterließe die ganze Verhandlung. — Warum, wenn die Revisionisten jetzt ihrer Sache so sicher sind, legen sie so großen Werth auf einen Ausgleich? Die Lösung dieses Räthfels findet sich, wenn man's offen bekennen will, einfach darin, daß die Ausföhrer, die erforderliche Majorität von 11½ Cantonen für die Bundesrevision zu gewinnen, heute nicht besser stehen, als vor einem Jahre. Die Hoffnung, daß man nur mit aller Macht gegen die Ultramontanen dreinzuschlagen brauche, um sofort die Cantone Waadt und Genf herüberzuholen, hat sich als trügerisch erwiesen; die beliebte Phrase, „auf dem Rücken der Pfaffen müsse man die Bundesrevision zum Ziele führen“, wird eine Phrase bleiben. Schon diesmal war beim Schluß der letzten Session der Bundesversammlung die herrschende Stimmung unter den Revisionisten die, daß man sich begnügen müsse, eine entschiedene Mehrheit des Volkes für die Bundesrevision zu erhalten, — die Mehrheit der Cantone könne alsdann, wenigstens auf die Dauer, dem moralischen Druck eines solchen Volksbolskums nicht widerstehen. Gerade dann, meint man, müsse es einmal mit dieser Cantonalsoveränität zum Biegen oder Brechen kommen. Aber wenn man auf diese Bahn hinausdrängen will, so war es übel genug gethan, daß die Revisions-Commission auch den kleinen Anfang von direkter Volksgesetzgebung, welchen die bisherigen Entwürfe zugestanden hatten, noch beschneidet, indem sie die Volks-Initiative in Sachen der Bundesgesetzgebung verwarf. Auf diese Art wird man vielleicht die demonstrativen Elemente, die bis jetzt, namentlich in der Ostschweiz, am wärmsten für die Bundesrevision eingenommen sind, dem Werke wieder abwendig machen. Die gestrige Delegirtenversammlung der zürcherischen Volksvereine bestand in großer Majorität aus Demokraten; indessen da man ausgesprochener Maßen diesen Anlaß benutzen will, um auch ein freundlicheres Verhalten unter den zürcherischen cantonalen Parteien anzubahnen, bestellte man den cantonalen Vorstand wieder gemischt aus vier Demokraten und drei Liberalen. Die Versammlung bewies immerhin, daß die Bundesrevisionsfrage tief in alle Schichten des Volkes eingedrungen ist und als eine Lebensfrage angesehen wird, die man so oder anders lösen muß, wäre es auch nur zu dem Zwecke, daß die Schweiz, sollten ernste Ereignisse im übrigen Europa auch ihr Gefahr drohen, nicht mehr durch innere Zerküftung gespalten und geschwächt dem Auslande gegenüberstehe. Der Schweizerische Volksverein zählt im Canton Zürich 141 Sectionen mit etwa 5000 Mitgliedern; vertreten waren an der gestrigen Versammlung, die im Wesentlichen nur zum Zwecke der Constituirung einberufen war, 88 Sectionen, die 150 Delegirte gesendet hatten.

Italien.

Rom, 26. Sept. [Der Papst und Frankreich. — Trauerfeier für Guerrazzi.] Die von der Gesellschaft für die katholischen Interessen, schreibt man der „R. Z.“, wollten wissen, Cardinal Bonnehose würde vor Ablauf letzter Woche hier sein, wobei seine Herreise mit der gleichzeitig erwarteten Ankunft de Corcelles in Verbindung gebracht wurde. Frankreichs Gesandter beim päpstlichen Stuhle sollte aber diesmal mit dem Erzbischof von Rouen nicht für dieselbe Sache sprechen, er soll vielmehr schon vorgestern nur deshalb eingetroffen sein, um dem Cardinal Bonnehose mit gewissen Eindrücken und Andeutungen zuvorzukommen, welche das gegenwärtige Regierungs-Provisorium dem Papste zur Berücksichtigung und Erwägung empfohlen haben möchte, bevor er sich für die Interessen der Legation und ihres künftigen Thrones in Frankreich entscheidet. — Die an den französischen Nationalgebäuden wie an der Kirche St. Louis, an der Gesandtschaft und an der Akademie angeheftet gewesenen und von der Polizei rasch emisernten Satyren auf die französischen Clericalen und deren Kreuzritter sind von dem französischen Gesandsträger Favornay nicht weiter beachtet worden; daß er sich beim Ministerium darüber beikümmert hätte, ist nicht wahr. — Hier ist in den politischen Titeln noch Mancher übrig, der mit Guerrazzi während seiner Dictatur in Toscana (1848) näher verbunden war. Sie alle haben sich vereinigt, den am 23.

d. M. in einem Landhause bei Cetraro unerwartet geschehenen Freund durch eine Trauerfeier zu ehren. War Manzoni den Italienern der Dichter der Resignation, so ist Guerrazzi ihr Poet des Patriotismus. [Lamarmora.] Dem Mailänder „Corriere“ wird von hier geschrieben: „Um die Veröffentlichung des zweiten Bandes von Lamarmora's Enthüllungen, welche allgemein unstatthaft gefunden worden, überflüssig zu machen, ist im Kriegs-Ministerium beschlossen worden, den officiellen Bericht über den italienischen Feldzug im Jahre 1866, welcher schon lange sehnlichst erwartet wird, baldmöglichst der Öffentlichkeit zu übergeben.“

Frankreich.

* Paris, 29. September. [Ueber die Gefahren der Theokratie] schreibt der „Soir“:

„Jedes Mal, wenn wir auf die drohenden Gefahren der Theokratie hinweisen, lächeln die sogenannten Liberal-Conservativen über unsere Besorgnisse; sie sind zu sehr mit dem rothen Gelpenk beschäftigt, als daß sie das schwarze ins Auge fassen. Man muß in der That sehr taub sein, wenn man das Kriegsgeschrei überhört, das die Männer des alten Regimes gegen die moderne Gesellschaft erheben, gegen alle jene Freiheiten, die unsere Väter zu erobern oder zu verbürgen sich bemühten, und besonders gegen die Gewissensfreiheit, die stets von unseren Feinden verflucht wird. Das „Univers“ entlehnt einer beachtenswerten Monatschrift, den Edutés religieux der Gesellschaft Jesu einen Artikel des Vater de Marquigny, der als ein Manifest von hoher Wichtigkeit gelten darf; denn die Mitglieder dieses mächtigen Ordens sind, wenn sie die Feder ergreifen, keine Journalisten, welche frei ihre Ansichten entwickeln, sondern stets beauftragte und folglich stets offizielle Organe der internationalen Partei, die sich jetzt bemächtigt, Frankreich zu ihrer Domaine und zu ihrem Werkzeuge zu machen. Die Schlußfrage ist der Vorwand dieses Artikels, und das sich im ultramontanen Systeme Alles stützt, so kann eine ultramontane Politik keine vereinzelte Frage behandeln, ohne das Recht der römischen Kirche auf die Weltherrschaft zu unterstützen. Der Vater de Marquigny ist der Ansicht, daß, wenn die Kirche die Freiheit für ihre Gegner verlangen müsse, weil das in ihren Principien liege, sie ihnen dieselbe verweigern müsse, wenn sie in der Gewalt sei, weil das gleichfalls in ihren Principien liege. Er proclamirt laut die Unterwerfung des Staates. „Der Kirche“, sagt er, „das Recht zuschreiben, zu lehren, zu leiten, dem Staat die Pflicht, der Kirche zu dienen und die elbe zu schützen: das ist der Plan Gottes und wir haben ihn nicht zu reformieren.“ Kann man von den Auslegern des Syllabus eine deutlichere Erklärung verlangen? Die alten Römer machten weniger Ansprüche und zeigten weniger Stolz als die modernen Römer, die würdigen Erben der Weltverwalter. Der Plan Gottes ist, die Kirche soll herrschen, der Staat dienen. Was sagten zu dieser stolzen Forderung die Liberal-Katholiken des „Groncais“ und der „Presse“ und alle jene inconsequente Politiker, die sich im thörichtesten Vertrauen einbilden, der Schärfe der clericalen Logik zu entgehen und deren Mitglieder dem politischen Katholicismus des Syllabus ihre Zustimmung ertheilt haben? Der Vater de Marquigny wird ihnen antworten: „Ich übersehe hier nur den Syllabus“, er wird ihnen antworten, daß die Kirche nie aufhörte, auf die Verwirklichung ihres Ideals hinzuwirken, und daß dieses Ideal das ist, „daß die Kirche Herrin des Volkes und der Lehrer, die Leiterin der Schule und die Eingebende der Wissenschaft sei; der Privatunterricht gehört der Familie wie dem häuslichen Priesterthum, der öffentliche Unterricht gehört dem Priesterthum der Kirche.“ Es ist eine Revolution, um deren Vollführung es sich handelt, und der Vater de Marquigny hat dessen kein Hehl. Die Gesellschaft Jesu beschmähst jeden Schein und unser Autor erklärt, „daß wir unterworfen sind durch den Kehler, den Juden und den Ungläubigen“; er setzt hinzu, daß die Aufgabe der Kirche ist, „Königin zu sein, durch die Erziehung die Einheit der Geister in der Wahrheit zu gründen.“ Endlich schlägt er vor, ein für alle Mal an die Stelle der Menschenrechte die Rechte der Kirche zu setzen. „Sind wir“, ruft er aus, „stolz, sind wir den Interessen Frankreichs ergeben genug, wenn wir in unseren politischen Kämpfen über die Rechte der Kirche schweigen und an ihre Stelle die angeblichen, schlecht begründeten und gefährlichen Rechte setzen? Gedenkt es, zwischen ihren widersprechenden Theorien die Anhänger des Umsturzes zu begraben, und ist es nicht notwendig, ihren Vereinigungen gegenüber die freien und strengen Beziehungen zu setzen, Radicalismus gegen Radicalismus?“ Es ist klar für jeden Aufrichtigen, daß die Regierung, die man uns aufzwingen will, notwendig zu dem Radicalismus führen werden, dessen Formel uns ein Jesuit in einer Unmündigkeit giebt, welche Schreden erregt und daß die Restauration wohl oder übel die Wägb dieser absolutistischen clericalen Revolution werden würde, die kühner, umfassender, systematischer wäre, als alle bisherigen Volksrevolutionen. Die Knechtung des Staates, die Uebergabe der Schulen an die clericalen Autorität, die Einheit des Glaubens als das durch die Einheit der kirchlichen und weltlichen Gewalt zu erstrebende Ziel, und folglich die Abschaffung der Gewissensfreiheit: das ist das Programm dieser neuen Eindringlinge, welche Frankreich, dem Kehler, dem Juden und dem Ungläubigen“ aberobern zu wollen sich anmaßen. Das ist der Feind vor unseren Thoren oder vielmehr nicht mehr vor unseren Thoren; er ist nahe der Gewalt und wird vielleicht morgen schon über uns herrschen. Und die Befechter dieses heillosen Abolusismus haben jetzt zu Verbündeten und neuen Namen, welche ihr ganzes Leben lang für die Sache der Freiheit, des modernen Rechts, der Grundzüge von 89 eingestanden haben, und jetzt, um ihrem Haß gegen die Republik zu fröhnen, bereit sind, sich selbst und ihr Land unter das Joch einer Macht zu bringen, die niemals Concessionen macht.“

[Resuttsches.] Louis Veuillot hat ein neues Stichwort ausgeben: „Le patriotisme sera catholique!“ Und wer nicht an diesen katholischen Patriotismus des „Univers“ glaubt, der wird „Kutherjohn“ gescholten und den Kutherjohnen erklärt: „Euer Sieg wird nicht von Dauer sein. Katholik ist gleichbedeutend mit Unsterblicher.“ Also in Zukunft werden die Infallibilisten noch den zweiten Titel führen „Immortels“.

[Reformen im Gymnasial-Unterricht.] Das officielle Journal zeigt an: Der Minister des öffentlichen Unterrichts hat an die Directoren der Lycées und Collegien den Bericht des Herrn Patin an den obersten Unterrichtsrath über die durch das Circular vom 27. September 1872 im Gymnasial-Unterricht eingeführten Reformen versendet. Der Bericht ist von Instructionen begleitet, welche den Directoren vorschreiben, sich mit gegenwärtigem Schuljahr nach den Anträgen des Berichtes zu richten. Denn da dieselben vom obersten Unterrichtsrath angenommen und vom Minister gebilligt wurden, so haben die Professoren in den staatlichen Unterrichtsanstalten dieselben als obligatorisch zu betrachten. Dadurch treten die meisten Reformen von Jules Simon außer Wirksamkeit, nur einige wenige bleiben, und zwar unter gewissen Einschränkungen, bestehen.

[Der Kriegsminister] hat ein „sehr vertrauliches“ Rundschreiben an die commandirenden Generale der Territorial-Divisionen erlassen, das jedoch den Offizier-Corps vorgelesen wurde. Es wird darin diesen das officielle augensällige Paradoxen bei Prozeffionen untersagt, erstens, „weil Rundgebungen dieser Art einen politischen Charakter angenommen und die Fahne aufgezogen haben, welche nicht die der Regierung ist,“ und zweitens, „weil diese Rundgebungen die Sicherheit des Staates dem Auslande gegenüber gefährden.“ Dies laut der „Gironde“ der wesentliche Inhalt dieses Actenstückes.

Spanien.

Madrid, 28. September. [Aus den Cortes. — Todesurtheile. — Aus dem Carliskriege.] Nur 69 Deputirte von der Linken haben den Protest gegen die Vertagung der gesetzgebenden Versammlung unterzeichnet. Die Mitglieder des Centrums haben sich nicht bewegen lassen, dem auf eine principielle Spaltung in der republikanischen Partei hindenkenden Manifeste beizutreten. Die Regierung verfährt ihrerseits, die Rundgebungen haben keinen Eindruck gemacht, ließ sich aber von dieser an sich nicht unwahrscheinlichen Ansicht nicht beirren, ein Weiteres zu thun und den Erlaß mit Beschlag zu belegen. Wie stramm die Regierung indessen mit ihren Principien vorgeht, beweist eine Meldung der „Gaceta“ vom 28., daß die Vollziehung zweier Todesurtheile wegen Desertion angeordnet sei. Im

Norden scheint sich mittlerweile eine bessere Wendung der Dinge vorzubereiten. General Moriones hat daselbst eine kräftige Offensive ergriffen. Nachdem es ihm durch seinen Marsch auf Tolosa gelang, die carlistischen Streitkräfte zu theilen, organisiert er gegenwärtig im Innern von Navarra eine combinirte Bewegung mit den Truppen des Generals Primo Rivera. Der Meinung aller unparteiischen Militärs nach ist Dank dem gegenwärtigen energischen Systeme der Triumph von Don Carlos unumgänglich. Auch in Bilbao soll sich die Lage gebessert haben. Die Freiwilligen von Alcala haben einen Angriff der Carlisten zurückgeschlagen und 100 Gefangene gemacht. Wenn das amtliche Blatt recht berichtet ist, haben sich die Carlisten bereits zu einem halb verzweifelten Schritte hinreissen lassen. Die „Gaceta“ veröffentlicht nämlich eine Instruction des Carliskönigs Eizarraga hinsichtlich einer Erhebung in Alt-Castilien, womit derselbe empfiehlt, in Verein mit den Intrantsgenen zu handeln. Von den übrigen „Man versichert“ und „Es heißt“, die über die Tagesgeschichte in Umlauf sind, seien noch zwei erwähnt: das Gerücht von der Präsidentenwahl, zu der die Cortes sofort schreiten sollen, wenn sie wieder zusammen sind, und das andere von der Absetzung des Carliskönigs Saballs und dem Abtreten seiner Kollegen Estifany und Nieto vom Kriegshauptplatz.

[Vor Alicante] ist die preussische Fregatte „Friedrich Karl“ und die englische „Lord Warden“ eingetroffen; letztere segelte sofort wieder ab. Die beiden Kriegsschiffe der Intrantsgenen sind nach ihrer Croisirung gegen Alicante nach Carthago zurückgekehrt.

[Finanzielles.] Die „Discusion“ stellt in Abrede, daß die Regierung die Absicht habe, die Staatseinnahmen mittels außerordentlicher Steuern zu vermehren.

A. A. C. Madrid. [Ueber das Bombardement von Alicante] hat das Reuters'sche Bureau folgende Depesche von hier erhalten:

„Madrid, 28. September. Ein heute Abend 10 Uhr empfangenes Telegramm meldete, daß der Commandeur des deutschen Geschwaders das Bombardement zu verhindern wünschte, während der französische Commandeur neutral blieb und der britische Admiral auf Nicht-Intervention bestand. Ein während der Nacht empfangenes Telegramm meldete, daß der französische Admiral den Ansichten des britischen Commandeurs beizutreten sei und daß die fremden Geschwader folglich nichts thun würden, um das Bombardement zu verhindern. Die Insurgenten zeigten hierauf an, daß sie das Feuer auf die Stadt um 5 Uhr Morgens eröffnen würden. Der Minister des Innern sandte heute Nachmittag ein Telegramm an die Regierung und an die Provinzen, worin er meldete, daß das Bombardement um 6 Uhr Morgens begonnen hätte, mit dem Hinzufügen, daß mehr als 500 Geschosse in die Stadt geworfen seien, darunter mit Petroleum gefüllte Bomben. Die Stadt hätte viel gelitten, indem mehrere Gebäude in Ruinen verwandelt worden. Der Minister meldet ferner, daß die Stadt sieben Stunden lang — so lange dauerte das Bombardement — sich heldenmüthig vertheidigte. Viele Leute eilten von Anfang an nach den blögeffellsten Positionen. Die Truppen aller Waffen wirkten miteinander in Disciplin und Heldennuth, und die Artillerie, die von alten Offizieren geleitet wurde, zeigte sich auf der Höhe ihres Rufes. Um 11½ Uhr Morgens hatte das Feuer des „Mendez Ruyez“ vollständig die Brücke des „Numancia“, die mit Geschossen bedeckt war, zerstört. Beide Schiffe zogen sich dann zurück. Der „Numancia“ leicht und der „Mendez Ruyez“ schwer beschädigt. Beim Empfang dieser Nachrichten trat das Cabinet zusammen und telegraphirte ihre Glückwünsche an General Cballos, den Minister des Innern, die Artillerie, die Armee, die Freiwilligen und die Einwohner von Alicante. Das Telegramm schließt wie folgt: „Dieses neue Verbrechen der Separatisten gegen eine so republikanische Stadt wie Alicante wird nun das Verdammungsurtheil von ganz Spanien und später das aller civilisirten Völker verdienen. Der Sieg der Armee und der Einwohner von Alicante ist ein Beweis des von der Republik und ihrer Regierung eingestrichenen Vertrauens. Die künftige von England wiedererstatteten Fregatten werden sich ohne Verzug nach Carthago begeben; sie werden von intelligenten Offizieren besetzt und von disciplinirten Marinesoldaten bemannt werden. Die verbrecherische Separatisten-Rebellion wird bald in ihrem letzten Aufschub untergehen und die öffentliche Meinung wird aus dem Gegenwärtigen ersehen, daß der Freiheit und der Republik bessere Tage bevorstehen.“ Nachdem die Insurgentenschiffe am Osten des Hafendamms Stellung genommen, um die Stadt zu bombardiren, näherten sich die englischen und französischen Geschwader dem „Fernando el Catolico“, der heute Morgen in einer östlichen Richtung, gefolgt von einer englischen Fregatte, absegelte.“

28. September, Nachmittags. Hier eingegangenen Details melden, daß das Bombardement von Alicante um 5 Uhr Morgens begann. Die Truppen und Freiwilligen waren auf einen hartnäckigen Widerstand gründlich vorbereitet und Sennor Maisonnave machte die Runde durch die Batterien auf dem Hafendamm und die bloßgestellten Posten, Befehle ertheilend und die Vertheidiger ermunternd. Die Insurgenten richteten ihre Hauptanstrengungen gegen das Castell, das, wenn es fiel, einen Theil der Stadt zerstören würde. Das Feuer des „Mendez Ruyez“ zielt in dieser Richtung hin. Die Artillerie-Officiere in der Stadt richteten ihre Kanonen mit großem Erfolge, indem ein Schuß den Rauchfang der Insurgentenfregatte „Mendez Ruyez“ zerstörte. Einige der Insurgentengeschiffe fielen in die Stadt und eines schlug in das von der Civilregierung occupirte Gebäude ein. Einmal näherten sich die Insurgenten dem Lande, aber das Feuer aus den Batterien auf dem Hafendamm nöthigte sie zum Rückzuge. Alicante ist nicht regelmäßig befestigt, sondern nur durch eine unbedeutende improvisirte Mauer vertheidigt, die durch die Kanonade einigemmaßen litt. Die Insurgentenschiffe stellten ihr Feuer um halb 12 Uhr Morgens ein und zogen sich sofort in südöstlicher Richtung zurück. Der Minister des Innern soll große Bravour entfaltet haben; er eilte stets nach den am meisten bedrohten Stellen.

Großbritannien.

* London, 29. September. [Wahlangelegenheiten] fahren fort, das öffentliche Interesse in aufregender Weise zu beschäftigen. Gladstone's officiell angekündigter Entschluß, sein zukünftiges Handeln von dem Ausfalle der Wahl zu Taunton abhängig zu machen, hat die Conservativen zu neuem Eifer angepornt. Sir A. Slade ist in Taunton eingetroffen und von der Partei mit Begeisterung begrüßt worden. Er übt am Orte ziemlich bedeutenden Einfluß aus. — Unmittelbar nach dem Tode Clays, des bisherigen Mitgliedes für Hull, hieß es, die Conservativen beabsichtigten nicht, den Liberalen das erledigte Mandat streitig zu machen, zumal Hull für einen stark liberalen Wahlbezirk gilt. Bei jetziger günstiger Stimmung scheint die aus Ruder kommende Partei indessen jede Gelegenheit wahrzunehmen zu wollen. Sie hat auch für Hull schon einen Candidaten aufgestellt und bereitet sich zum hartnäckigen Kampfe vor.

[Zur Expedition nach der Goldküste.] Auch der „King Bonny“ ist nunmehr vollständig beladen, doch immer noch bleibt etwas übrig, was nach der Goldküste abgehen soll. Das genannte Schiff ist von Woolwich abgegangen und ankert etwas weiter stromabwärts. Am Mittwoch soll es in See gehen. Vermuthlich schon heute trifft ein weiteres Schiff in Wool-

wich ein. Die Landungsboote, welche der „King Bonny“ an Bord führt, nehmen vielen Raum weg; die Regierung scheint indessen auf diesen Theil der Ladung besonderen Werth gelegt zu haben, denn für die zwölf Boote wurden den Schiffbauern nur 18 Tage Frist gestellt. Sie sind in Folge dessen in der Arbeit etwas grob ausgefallen, dabei jedoch stark und festlich. Der „King Bonny“ besitzt in seiner eigenen vorchristlichen Ausstattung neben einem Rettungsboote zwei nach gleichem Muster gearbeitete Boote. Ein zweites Duzend Landungsboote soll binnen einer Woche fertig werden. Man sieht, die Regierung hat es damit eilig; der Grund ist, daß wenige Küsten zum Landen gleiche Schwierigkeiten bieten wie die Goldküste, wo die Brandung außerordentlich heftig ist. Da in den Lagern Eis nothwendig werden dürfte, das an der afrikanischen Küste nicht zu haben und schwer aufzubewahren ist, so hat sich die Regierung durch ein hier im Handel geführtes Gefrierpulver geholfen, wovon der „King Bonny“ zwanzig Centner mitnimmt. Das Pulver stellt auf chemischem Wege Eis her. Es ist jedoch äußerst explosiv, beim Transport gefährlich und wird demzufolge ganz abgedeckt verladen und ohne Unterlaß beobachtet. Das Transportmittel bringt den afrikanischen Truppen ferner 50 große und 200 Taschenfrüchte. Die letzteren bestehen einfach aus einem Stück Holzstohle mit gläsernem Saugrohr, durch welches das Wasser aufgesaugt wird. Diese kleinen Filter sollen sich ausnehmend gut bewähren haben.

[O Reefe.] Der Pfarrer von Callan, hat seine Unterhandlungen mit dem Bischof von Moran, die zu einer Verständigung mit demselben führen sollten, plötzlich abgebrochen. Die Bedingungen, die ihm gestellt wurden, waren Absolution und das Stipendium eines Unterpfarrers, so lange er sich gut aufführe, falls er auf sein Pfarramt verzichte. Diese Bedingungen hat er mit Entrüstung zurückgewiesen.

[Fenische.] In der Nähe von Drogheda fand am 28. d. wieder einmal ein großes Fenster-Annektie-Meeting statt. Es hatten sich dazu über 10,000 Menschen von Nah und Fern eingefunden, die wie üblich, grüne Bänder, kronlose Harfen und andere nationale Embleme entfalteten. Es wurden Resolutionen angenommen, welche die Gefangenhaltung der fenischen Zuchlinge als einen Bruch der Versprechungen des Herrn Gladstone mißbilligten.

Provincial-Beitrag.

H. Breslau, 1. October. [Freie kirchliche Herbst-Conferenz.] Gegen 2 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorsitzende berichtete zunächst über die inzwischen erfolgte Redaction der von Pastor Lauscher propositen Resolution. Die Commission habe sich dem Beschlusse der Versammlung, den Schlußpakt nur in seinem zweiten Theile anzunehmen, nicht anschließen können und empfehle dessen unveränderte Annahme. Die Resolution in der gegenwärtigen Fassung lautet:

In Erwägung, daß die evangelische Kirche durch ihre Haltung zu den neuen Kirchengesetzen keine Veranlassung gegeben hat, die Tendenz dieser Gesetze füglich nicht gegen dieselbe gerichtet sein kann, auch thatsächlich ihr Inhalt zum großen Theile auf dieselbe keine Anwendung findet;

In weiterer Erwägung, daß die die evangelische Kirche mit berührenden Stellen der in Rede stehenden Gesetze nicht wider Gottes Gebot und das eigentliche Wesen der Kirche streiten und bei wohlwollender Handhabung die evangelische Kirche nicht schädigen werden, so wie

In Erwartung, daß das landesherrliche Kirchenregiment die Gemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September mit der Generalsynode zu vollem Abbruch ihrer Organisation und in Bahnen geistlicher Entwidlung führen, die staatliche Gesetzgebung aber ungeändert die dieser neuen Ordnung entgegenstehenden Bestimmungen des bisherigen Rechts in Wegfall bringen wird;

In Erwartung endlich, daß die Staatsregierung die in den neuen Gesetzen für nötig anerkannte Parität im Verhältnisse der evangelischen zur katholischen Kirche in allen Beziehungen zu vollem Rechte kommen lassen wird;

halten wir, daß die evangelische Kirche die neuen Kirchengesetze nicht bloß über sich ergehen lassen, sondern auch zu deren Ausführung willig die Hand bieten kann.

Auf Vorschlag des Herrn Pastor Meier wird die Resolution in der vorliegenden Fassung nunmehr einstimmig angenommen. — Es folgt der dritte Gegenstand der Tagesordnung.

Unsere Schritte zu den kirchlichen Wahlen. Director Friede leitet die Besprechung durch einen längeren Vortrag ein. Wir müssen, fährt derselbe aus, zunächst das Terrain kennen, auf dem wir uns befinden, wir müssen, wollen wir Schritte geistlicher Art thun, zunächst fragen: Wie stehen wir im Großen und Ganzen in der evangelischen Kirche, welcher Partei gehören wir an, da es doch nun einmal verschiedene Parteien in ihr giebt? Darauf antwortet ich: Wir gehören keiner der extremen Parteien an, wollen von denselben vielmehr Alles an uns ziehen, was christlich und wahrhaft kirchlich geistig ist, denn ich behaupte, daß selbst im Protestanten-Bereich es noch Personen giebt, die im Tiefinnersten ihres Herzens wahrhaft christlich angehaucht sind und doch einmal aus dem Bereich werden ausschließen müssen, während auf der anderen Seite die Strengkirchlichen stehen, die von ihren Gemeinden fordern, daß sie eine klare Erkenntnis von Dogmen haben, die mancher Geistliche sich noch nicht ganz klar hat machen können.

Ich bin der Ansicht, daß wir Mitglieder der Konferenz, die wir eine Mittelpartei bilden wollen, offen das Bekenntnis betonen müssen, auf dem wir stehen und nicht umhin können, in gegenwärtiger Zeit auch Neue das Fundament unseres Glaubens zu betonen. Und da meine ich, daß wir glauben, daß Jesus Christus Gottes Sohn ist. Ich möchte die Formulierung noch bestimmter haben und sagen: Wir glauben, daß Jesus Christus wahrhaftiger Gott vom Vater in Ewigkeit geboren und auch wahrhaftiger Mensch von der Jungfrau Maria geboren, sei unser Herr. Wir müssen auf Neue aussprechen, daß wir uns zu dem Bekenntnis der evangelischen Lehre, zur heiligen Schrift alten und neuen Testaments bekennen als ausschließlicher Quelle und Norm christlicher Frömmigkeit.

Wir haben auch die Pflicht, auszusprechen, daß wir gewillt sind, einzutreten für die Erhaltung der Union, welche auf dem Fundamente steht, welches ist Christus und welche sich unbedingt unter das Bekenntnis des Wortes Gottes beugt, aber eine gewisse Freiheit gewährt in Bezug auf das Bekenntnis.

Jeder evangelische Geistliche ist an das Ordinationsgelübde gebunden und hat kein Recht, es einseitig zu ändern. Diese Aenderung kann nur der Kirche im Großen und Ganzen, den gesammten Vertretern derselben, anheim gegeben werden, der Vertretung, die, nach meiner subjectiven Meinung, nicht bloß aus Geistlichen, sondern auch aus Laien bestehen soll.

Ich wünsche allerdings, daß die Ordinationsverpflichtung der Geistlichen in der Weise geordnet werde, daß es denselben möglich ist, zu einer immer reineren und tieferen Auffassung der heiligen Schrift zu gelangen.

Das Alles möchte ich sprechen, ehe der 10. September erdient. Es wäre mein Wunsch gewesen, mit dahin zu wirken, daß Männer in den Kirchenrath eintreten, in dem wunderbarer Weise göttliches und menschliches Wesen vereint ist, die sich gern und willig beugen unter die Norm der heiligen Schrift, die die Hauptfrage stärker betonen als Nebensachen, die für die Union eintreten und geneigt sind, den Reformirten auch am lutherischen Abendmahlstisch erscheinen zu lassen und es für möglich halten, daß ein Kirchenregiment und eine Synodal-Ordnung für beide gegeben werden können.

An unserer neueren Gesetzgebung, die mit Dampf arbeitet, hat mir manches nicht gefallen, aber ich muß sagen, als ich die neue Kirchen- und Synodal-Ordnung las, wurde mir gleichsam wohl. Sie ist nach meinem persönlichen Gefühl so günstig, wie ich sie kaum je erwartet hätte. Erstens danke ich Sr. Majestät dem Könige, daß er sie als oberster Landesbischof erlassen hat, denn hätte er warten wollen, bis die verschiedenen Parteien sich geeinigt, dann wäre wohl kaum etwas erreicht worden, was Alle befriedigte. Bei der gegenwärtigen Zerrissenheit in der evangelischen Kirche war die Dictirung das einzig Richtige.

Ich finde ferner so schön, daß mit möglichster Schonung an das Alte, Bestehende angeknüpft ist, daß dem Geistlichen gewisse Privilegien gewahrt sind. Ich meinerseits bin bereit, alle diejenigen, die mit mir auf demselben Standpunkte stehen, aufzufordern, sich so regie wie möglich an den Wahlen zu betheiligen, damit unsere Partei möglichst stark vertreten sei.

Man hat einzelne Paragraphen hie und da angefochten. Ich lasse mich hier nur auf die ein, welche von der Zusammensetzung des Gemeinde-Kirchenrathes handeln. Da hat es mich nicht frappirt, von manchen Seiten zu hören, die kirchliche Qualifikation könne man nicht verlangen. Man hat die kirchlichen Wahlen zu politischen machen wollen, sie wären es eo ipso geworden, wenn man die kirchliche Qualifikation weggelassen hätte. Auch bei politischen Wahlen fragt man nach dem politischen Sinne, der Gesetzkennntnis des zu Wählenden, und bei kirchlichen Wahlen sollte man nicht nach kirchlichem Sinne fragen? Und da ist der Reiz des Gewissens und der Sacramente das Wichtigste, was man verlangen kann. Darüber hinaus zu gehen, würde ich auch nicht gewillt sein; ist die Gemeindevertretung so

zusammengeseht, wie ich es wünsche, so wird eine Verschärfung von selbst eintreten.

Frägt man mich also, wen ich zur Wahl empfehle, so sage ich, man wähle vor Allem Männer, die kirchliches Interesse und kirchlichen Sinn zeigen und beide auch, so weit irgend möglich, durch Theilnahme am Gottesdienste und an den Sacramenten bezeugen. Solche Männer werden auch immer der weltlichen Obrigkeit unterthan sein, so lange diese nicht fordert, was dem klaren Worte Christi widerspricht, und das ist bei den Hohenzollern ja nicht möglich.

Ich freue mich also der Kirchenordnung. Was aus ihr wird, steht in höherem Sinne freilich in Gottes Hand, aber auch bei uns.

Dies ist im Wesentlichen mein Standpunkt, den ich in folgende Thesen zusammenfassen und Ihnen zum Beitritt empfehlen möchte.

1. Die Haupttheorie der evangelischen Kirche sind der Socialismus und Communismus (theoretischer und praktischer Materialismus) einerseits und der Ultramontanismus (römischer Hierarchie) andererseits.
2. Die Bekämpfung der evangelischen Kirche ist namentlich verschärft durch die dogmatische Verheit und Gleichgültigkeit der sogenannten Protestantenvereine, durch das repräsentierende Bestreben der Wiederaufrichtung confessioneller Sonderkirchen und endlich durch die bedenkliche Laubheit der Mittelparteien.
3. Die Konferenz bekennet sich daher von Herzen zu dem gewissen Glauben, daß Jesus Christus, wahrhaftiger Gott, vom Vater in Ewigkeit geboren, und auch wahrhaftiger Mensch, von der Jungfrau Marie geboren, der Herr sei, in dessen Namen allein Heil ist, und zu der reformatorischen Lehre von der heiligen Schrift A. und N. Testaments, als der ausschließlichen Quelle und höchsten Norm christlicher Frömmigkeit; sie gelobt zweitens, mit Wort und That einzustehen für die Erhaltung der evangel. Union, d. h. für die gegenseitige Zulassung zum Genusse des heiligen Abendmahls und für die Gemeinschaft des regimementlichen und synodalen Verbandes.
4. Die Konferenz erachtet die Lehrer der Kirche an ihr Ordinationsgelübde gebunden, erklärt aber, daß die altkirchlichen und reformatorischen Symbole, vor deren Autorität sie sich beugt, der Bibel als oberster Richtschnur sich unterordnen müssen. Sie wünscht demnach für die Geistlichen die ordinatorische Lehrverpflichtung so gefaßt, daß dieselben die erforderliche Freiheit zu immer tieferer und reinerer Erfassung des Schriftwortes gewahrt bleibt.
5. Die Konferenz erachtet in der unter dem 10. September c. von dem Könige als dem Landesbischofe erlassenen Gemeinde- und Synodalordnung einen bedeutenden Fortschritt auf der Bahn der evangelisch-kirchlichen Entwicklung, hält die Octroyierung dieser Verfassung unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen für das allein Richtige und fordert alle Gläubigen zu regster Betheiligung an den bevorstehenden kirchlichen Wahlen an.
6. Die Konferenz erklärt ihre vollste Uebereinstimmung mit den Paragraphen der publicirten Kirchenordnung, wonach für das (active Wahlrecht) wählende Gemeindeglied und in höherem Maße für das (passive Wahlrecht) den zu wählenden Gemeindeglieder nicht bloß eine bürgerliche und allgemein moralische, sondern auch eine specifisch christliche und kirchliche Qualifikation gefordert wird.
7. Die Konferenz verpflichtet sich darauf hinzuwirken, daß mit dem Aeltestenamt nur Männer betraut werden, welche das Zeugniß eines ehrbaren Wandels und treuer Theilnahme an Gottesdiensten und Sacramenten für sich haben.
8. Schließlich betont die Konferenz, daß rechte Aelteste immer solche sein werden, die mit heiligem Eifer für den Ausbau ihrer Kirche zu wirken wissen den Geist evangelischer Liebe und Duldung, ungefärbten Patriotismus und willigen Gehorsam gegen die obrigkeitlichen Gewalten.

An diese Thesen knüpft Ref. zwei Anträge:

- 1) den Antrag auf Erlass einer Dankadresse an den König für die Gemeinde- und Synodalordnung,
- 2) den Antrag auf Veröffentlichung einer Aufforderung an die evangelischen Gemeinden Schlesiens, sich an den nächsten kirchlichen Wahlen lebhaft zu betheiligen und das Augenmerk auf Männer zu richten, welche gläubigen Sinnes an der Union festhalten und den Ruf eines vorbildlichen Wandels (evangelischer Liebe und Duldung) genießen.

Bei der hierauf eröffneten Discussion ergreift zunächst Dr. Hofed-Breslau das Wort. Für ihn, bemerkt derselbe, sei die Frage die Hauptfrage: was gewinne die evangelische Kirche durch die neue Gemeinde- und Synodal-Ordnung an Freiheit? Bei aller möglichen Mühe habe er aber keinen Gewinn herausfinden können, da die Gemeinden der blichen Provinzen noch nicht einmal für reich erachtet worden seien, die Superintendenten selbst zu wählen, ein Recht, das die rheinischen Provinzen bereits besitzen. Die Anforderungen für das active und passive Wahlrecht seien besonders in größeren Städten praktisch undurchführbar.

Breiter Meier will auf diese Bemerkungen nicht näher eingehen, weil es immer Wünsche geben werde, die durch die Gemeinde- und Synodal-Ordnung nicht befriedigt sind. Hauptsache sei, daß die Konferenz ihre Stellung gegenüber den übrigen Parteien klar und präcis formulire, damit diejenigen, welche wählen sollen, bestimmt und unmissverständlich wissen, wen sie wählen sollen. Es frage sich, ob es in der evangelischen Kirche nicht noch eine Partei gebe, die sich mit den Richtungen nach rechts und nach links nicht zu identifiziren brauche, weder mit dem Radicalismus, der bereit sei, das Bekenntniß der Kirche dem Zeitgeiste zu opfern, noch mit jenem Hyperorthodoxismus, für dessen Liebhabereien das Volk im Großen und Ganzen nun einmal keine Sympathie habe. Die Konferenz möge erklären, daß sie sich den Bestrebungen der Mittelparteien, der Partei der Besonnenheit und des Friedens, die vor Allem das Princip christlicher Liebe und Duldung aufrecht erhält, anschließe.

Pastor Döhlhausen hat gehofft, praktische Vorschläge zu hören, was namentlich der Geistliche zu thun habe, um in seiner Gemeinde christliche Wahlen zu erzielen, ohne der Agitation Thor und Thür zu öffnen. Pastor Scholz hält es den mannigfachen Erklärungen in den öffentlichen Blättern gegenüber für bedenklich und der evangelischen Kirche nicht würdig, noch mit einer weiteren Erklärung aufzutreten. — Hiermit wird die General-Discussion geschlossen und zur Special-Debatte über die einzelnen Thesen übergegangen. Theile 1 und 2 werden ohne Discussion angenommen; bei Theile 3 entwickelt sich eine sehr lebhaft Debatte über die Frage, ob die Konferenz notwendig habe, eine Präcision ihres kirchlichen Standpunktes zu formuliren, wie sie in der vorgeschlagenen Theile 3 enthalten sei. Während von der einen Seite diese Theile pure zur Annahme empfohlen wird, befürworten andere Redner die Fassung derselben durch § 2 des Statuts der Konferenz, in welchem erklärt wird, daß die Konferenz auf dem einen unwandelbaren Grunde der heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments stehe und gewissenhaft die in den reformatorischen Bekenntnissen bezeugte evangelische Wahrheit anerkenne. Von noch anderer Seite wird eine Verschärfung beider Erklärungen für angemessen erachtet, während endlich mehrere weitere Redner jegliche Erklärung für überflüssig erachten. Die Verammlung einigt sich schließlich dahin, entsprechend dem zweiten Antrage des Referenten, eine Commission niederzulegen, welche unter Zugrundelegung der Hauptmomente der Thesen und unter Verwerthung einer von Pastor Gerhard bereits entworfenen Erklärung behufs Veröffentlichung einen Wahlaufruf abfassen soll, in dem ausdrücklich betont ist, daß die Konferenz sich den Bestrebungen der Mittelparteien anschließe. — Hierauf werden mit Rücksicht auf die bevorstehende Zeit und die bereits sehr gelichteten Reihen die übrigen Thesen en bloc angenommen. Zu Mitgliedern der beschlossenen Commission werden ernannt die Herren Director Friede, die Pastoren Gerhard, Kolbe und Laufhner und Rechtsanwalt Jentz.

Nachdem Johann der Vorstehende noch den Herren vom Consistorium, welche an den Verhandlungen theilgenommen, sowie Herrn Pastor v. Edlin für die Gewährung des Votals gedankt hat, wird die Konferenz mit Gesang und Gebet gegen ¼ 4 Uhr geschlossen.

Breslau, 2. October. [Angekommen:] Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin zu Hohenlohe-Zugelfingen, geb. Prinzessin zu Hohenlohe-Langenberg, aus Rosenheim. Se. Durchlaucht Prinz Carl zu Hohenlohe-Zugelfingen, aus Lublin.

Am 30. September Abends 8 Uhr wurde zu Lustschloß, Nr. 10, ein hell glänzendes Meteor gesehen, das seine Bahn in der Richtung von D. S. O. nach N. W. beschrieb. Die Naturerscheinung war von einem dumpfen Geräusch begleitet und währte etwa 4 Sekunden. Der nahe, nördlich gelegene, bewaldete Berg hinter den Referenten das Naturphänomen in seinem endlichen Verlauf zu beobachten.

— ch. Görlitz, 1. Oct. [Industrielles. — Görlitzer Vereinsbank. — Körnerische Maschinenfabrik. — Glück auf.] Die Görlitzer Vereinsbank, deren Liquidation neulich mit 800 gegen 1100 Stimmen beschlossen ist, hat ihren Kunden bereits mitgetheilt, daß sich ihre ferneren Beziehungen ausschließlich auf Abwicklung der Engagements beschränken werden, sie auf neue Geschäfte jedoch nicht eingehen wird. — Für die bevorstehende Generalversammlung der Görlitzer Maschinenbauanstalt und Eisengießerei (vorm. Körner) ist seitens des Aufsichtsraths und der Direction ein ausführlicher Bericht erstattet, sowie die Bilanz aufgestellt. Die Bilanz beläuft sich auf Activa 295,000 Thlr., 59,000 Thlr. Hypotheken, 135,938 Thlr. Creditoren in laufender Rechnung und 43,668 Thlr. Jahresgewinn. Als

Activa sind aufgeführt 119,060 Thlr. Grundbesitzkonto (620 Ar oder 24,3 Morgen), 53,137 Thlr. Gebäudekonto, 7270 Thlr. Betriebsmaschinenkonto, 41,463 Thlr. Werkzeugmaschinenkonto, 11,591 Thlr. Werkzeugkonto, 7496 Thlr. Utenilienkonto, 6359 Thlr. Bücher- und Zeichnungskonto, 38,028 Thlr. Modellkonto, 2362 Thlr. Modellkonto, 40,763 Thlr. Gießereikonto, 94,082 Thlr. Maschinenbaukonto, 69 Thlr. Assuranzkonto, 288 Thlr. Cassakonto und 109,041 Thlr. Debitoren in laufender Rechnung — zusammen 533,616 Thlr. Von dem Jahresgewinn kommen noch 16,654 Thlr. Abschreibungen, die reichlich bemessen sind, 23,600 Thlr. als Dividende zur Verteilung, 613 Thlr. zum Reservefonds, 1226 Thlr. zur Disposition der Generalversammlung, 1471 Thlr. zu Zantimen und 102 Thlr. werden für 1873/74 vorgezogen. — Mit Recht geht der Bericht über das erste Geschäftsjahr sehr speciell auf die Grundstückerwerbungen ein, da dieselbe für die Gesellschaft von der größten Bedeutung ist. Die Fabrik liegt bekanntlich an der Reisse unterhalb der königl. Pauli in unmittelbarer Nähe der Fabriken von Wallach u. Herz, und E. Halberstadt sen. Eine Erweiterung war nur möglich durch den Ankauf der Neumann'schen Färberei, für die 85,000 Thlr. gezahlt wurden. Der Aufsichtsrath erklärte sich auf das Bestimmteste gegen diesen Ankauf und erwarb ein Grundstück in der Nähe des Bahnhofes, groß genug, um dorthin eben das ganze Stabilliment zu verlegen. Die Wahl desselben war eine glückliche, da sich auf ihm ausreichendes Wasser vorfindet, um alle Ansprüche des Stabilliments zu befriedigen. Das ist bei dem fehlen eines genügenden Wasserwerks die Hauptsache neben der unmittelbaren Nähe des Bahnhofes. Auf dem neuen Grundstücke ist nun eine Schmiede, Kesselschmiede- und Brückenbauwerkstatt von 20 Meter Tiefe und 86 Meter Länge mit 24 Schmiedeseuern und ausgerüstet mit einer vorzüglichen maschinellen Einrichtung errichtet, die Anfang December dem Betriebe übergeben werden soll. Der durch die Verlegung dieser Werkstätten frei werdende Raum des alten Stabilliments soll dann zur Erweiterung der Montirungswerkstatt und zur Vergrößerung der Dreherei benutzt werden. — Der Bericht giebt sodann eine Zusammenstellung der Zahlen von den beiden letzten Geschäftsjahren, die einen erfreulichen Fortschritt aufweisen. Die Zahl der Arbeiter stieg von 239 mit 53,018 Thlr. Lohn auf 264 mit 62,180 Thlr. Lohn. Die Zahl der Beamten wuchs nur um einen Buchhalter und — was bei Actiengesellschaften selten genug sein mag — dabei sanken die Gehälter von 12,976 Thlr. auf 11,600 Thlr. Der Werth der abgelieferten Fabrikate stieg von 192,835 Thlr. auf 264,334 Thlr. In Bestellung wurden 46 Dampfmaschinen von zusammen 1000 Pferdekraft abgeliefert, 45 von 850 Pferdekraft; endlich wurden 24 neue Dampfessel im Gewicht von 76,500 Kilo zur Ablieferung gebracht. Das Absatzgebiet bildeten Schlesien, Brandenburg, Posen, Pommern, Königlich Sachsen, Schweden, Rußland und Oesterreich. Auf der Wiener Weltausstellung wurde die ausgestellte Woolfsche Dampfmaschine wegen der compendösen, die Erfindungen der Kunst zur Geltung bringenden Construction, sowie wegen der sauberen Ausführung, mit der Verdienstmöglichkeit prämiirt. — Am Schluß bespricht der Bericht die Feuergefährlichkeiten, die Versicherungen gegen Feuergefahr und Unglücksfälle, die Krankenkasse. Wenn endlich auf die Höhe der Abschreibungen von dem ungefähr 15% des Actienkapitals betragenden Jahresgewinn hingewiesen wird, so hat die Verwaltung dazu ein um so größeres Recht, als sie erst am 1. Januar eine Abschätzung der sämtlichen Maschinen nach ihrem damaligen Werthe hat vornehmen lassen. Bei der sehr günstigen Leistung der Fabrik, ihrem günstigen Renomme und dem gut gehaltenen Arbeiterstandes hat die Fabrik günstige Aussichten auch für später, wenn ihr die notwendigen Geldmittel auch künftig zur Verfügung stehen. — Hoch belobt erscheint nur das Grundstückskonto, auf das man beim Ankauf auch die Summe für die Abfindung des bisherigen Besitzers hat schlagen müssen. Bei der durch die Verlegung eines Hauptpoll-Amtes hierher und die Vollendung der Reichenberger Bahn voranschreitend auch auf der anderen Seite der Bahn sich entwickelnden Bautätigkeit wird aber das sehr billig gekaufte neue Terrain so im Werthe steigen, daß es jene Mehrbelastung des alten Grundstücks ausgleicht. — Die Actien des Braunkohlen-Bergwerks „Glück auf“ in Langenölz wurden kürzlich stark im Course geworfen. Ein bestimmter Anhalt für diese Entwerthung lag nicht vor, im Gegentheil hätte man auf eine Steigerung rechnen müssen, da die neue Theerschmelzerei endlich ihre Thätigkeit begonnen hatte. Wenn man jetzt erfährt, gingen die Verläufe von einem Verluste aus, der sich durch die ersten misglückten Versuche, Theer zu erzielen, hat irritiren lassen. Daß die ungünstigen Resultate nur der Unachtsamkeit bei der Bearbeitung zuschreiben waren, ist jetzt durch neue Versuche festgestellt und nachgewiesen, daß die Braunkohle aus den jetzt im Betriebe befindlichen Gruben sehr reich an Theer sind, der bei den jetzigen Einrichtungen der Theerschmelzerei gewonnen werden kann.

Stirchberg, 1. October. [Wahl-Candidaten. — Lehrer-Anstellung.] Als Wahl-Candidaten des Hirschberg-Schönbauer Wahlkreises sind vom hiesigen liberalen Wahlverein nunmehr definitiv der Herr Unterrichtsminister Dr. Falk und Herr Kreisgerichtsdirector Otto aus Landesb. aufgestellt worden. Letzterer hat bereits die Fugabe erteilt, seinen Wählern sich vorstellen zu wollen. — In der gemischten evangelischen Volksschule hier selbst trat heute abends ein neuer Lehrer, Herr Wacke aus Wartha bei Bunzlau, sein Amt an.

[Notizen aus der Provinz.] * Waldenburg. Die elfjährige Pianistin Theresie Henne aus Berlin, welche nach ihrem hiesigen Concerte im vorigen Juni die Wiener Weltausstellung besuchte, hat dort durch ihre Claviervortritte namentlich in der französischen Abtheilung große Sensation erregt. Dies hat zur Folge gehabt, daß ihr Vater jetzt unter sehr glänzenden Bedingungen zu einer Reise nach Paris von dort aus eingeladen worden ist.

+ Hoyerwerda. Von hier wird der „Nied. Ztg.“ geschrieben: Noch ist die Oberflächliche Eisenbahn nicht dem Publikum übergeben, und doch sind wieder zwei bei den Arbeitsföhren geschehene Unglücksfälle zu melden: Am 25. Septbr. c. wurde bei der Rangirung von Rieswegen der Eisenbahnarbeiter Kropch aus Dralin, welcher vom Wagen gesprungen und auf die Schienen gefallen sein soll, überfahren. Am 28. d. M. wurde dicht vor dem Dorfe Holzen der Einwohner Hans Balzer von da, welcher dicht vor der ohne Wegwagzug fahrenden Locomotive über die Schienen lief, von derselben erfasst und an Kopf und Füßen zermalmt. Der Tod beider Verunglückten erfolgte augenblicklich. — Für Hoyerwerda hofft man einen national-liberalen Wahlcandidaten durchzubringen, und arbeitet mit Eifer daran. Die Gegenpartei rüht sich nicht oder nur sehr vorsichtig. Sie hat sich durch ihr Benehmen bei den früheren Wahlen die Hände gebunden, weil sie damals, als sie noch die Regierungspartei war, Jeden, der gegen sie stimmte, für einen Landesverräter erklärte. Diesen Satz würde sie jetzt auch gegen sich gelten lassen müssen. In den Städten ist der Sieg der Nationalliberalen sehr wahrscheinlich, ebenso in den bedeutenderen Dörfern. Das platte Land ist bisher immer mit der Regierung gegangen, hier gilt es also nur zu verbreiten, daß die Nationalliberalen jetzt die Regierungspartei sind. Nur in Wittichenau und seiner Umgegend wird, soweit der politische Reichthum herrscht, die regierungseindliche Partei die Oberhand behalten.

△ Glogau. Die Karioffel-Ernte hat, wie der „Anz.“ berichtet, im ganzen Kreise zu den, und während vor Kurzem noch die Meinung allgemein verbreitet war, dieselbe würde sehr dürftig ausfallen, stellt sich jetzt gerade das Gegentheil heraus. Die Karioffel-Ernte ist eine so ergebige, wie es seit Jahren nicht der Fall war, die Qualität ist durchweg eine vorzügliche. Was die Quantität betrifft, so sind Karioffeln 1 Pfund schwer nicht selten, auf dem Dominium Weichn, Herrn Kutterguthsberger Henze gebrüht, werden, amerikanische Karioffeln geerntet, welche bei einer Länge von 11 Zoll im Gewicht von 1 Pfund 18 Loth bis 2 Pfund 12 Loth haben. Diese Karioffeln sind auf dem Felde geerntet worden und zwar nicht auf frisch gedüngtem, sondern als die nächste Frucht nach Weizen, wenn auch in sehr fruchtbarem Boden; der Stärkegehalt derselben variirt zwischen 17 und 21 Pct. Was die Preise der Karioffeln betrifft, so sind dieselben auf dem Wochenmarkt freilich noch nicht gewichen, doch wird dies wohl bald der Fall sein, weil die Stärfefabrikanten nur 15 bis 17 Sgr. pro Scheffel, also 22 bis 24 Sgr. pro Sad bezahlen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

October 1. 2.	Nachm. 2. 6.	Abds. 10 u.	Morg. 6 u.
Luftdruck bei 0°	332.20	332.18	331.50
Luftwärme	+ 17.4	+ 13.0	+ 11.9
Donnerdruck	3.62	4.01	4.36
Donnerfälligkeit	42 Pct.	66 Pct.	79 Pct.
Wind	W. 1	SW. 1	SW. 1
Wetter	wolfig.	trübe.	trübe.

Breslau, 2. Oct. [Wasserstand.] D. V. 4 M. 28 C. M. — M. — C. m.

Das 25. Stück des Gesekblattes für Elsaß-Lothringen enthält unter: Nr. 174 die Verordnung, die Zuständigkeit der Kreisdirectionen betreffend. Vom 20. September 1873; und unter Nr. 175 die Bekanntmachung, betreffend die Ausdehnung der Wirksamkeit der am 13. Mai 1869 zwischen

dem Norddeutschen Bunde und der Schweiz abgeschlossenen Uebereinkunft wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst auf das Verhältniß zwischen Elsaß-Lothringen und der Schweiz. Vom 19. September 1873.

[Justiz-Ministerial-Blatt.] Der Geheim- Ober-Justiz- und vortragende Rath im Justiz-Ministerium, Herzbruch, ist zugleich zum Vorsitzenden der Justiz-Prüfungs-Commission mit dem Charakter eines Präsidenten derselben und dem Range der Räte erster Klasse ernannt. Der Rammergerichts-Rath Roerte ist in Folge seiner Ernennung zum Geh. Regierungsrath und vortragenden Rath beim Reichs-Eisenbahn-Amte aus dem Justizdienste geschieden. — Dem Gerichts-Assessor Küpper in Düsseldorf ist eine etatsmäßige Richterstelle bei dem Landgericht in Aachen, mit der Function bei dem Untersuchungsamt in Malmédy, verliehen. — Verlegt sind: der Kreisrichter Lood in Mülrose an das Kreisgericht in Jelenzig, der Kreisrichter Reiz in Chodjelen an das Kreisgericht in Jnowracław, der Kreisrichter Hannasch in Verleburg an die Gerichts-Deputation in Oaszye, mit der Function als Dirigent derselben, der Kreisrichter Vofche in Waldenburg an das Kreisgericht zu Neustadt in Westpreußen, und der Kreisrichter Scheda zu Rosenburg in Westpreußen an das Kreisgericht in Elbing. Der Kreisrichter Braunbehrs in Sagan ist in Folge seiner Ernennung zum Regierungsrath, und der Friedensrichter Dr. Diders in Althoden behufs seines Uebertritts zur Staats-Eisenbahn-Verwaltung, aus dem Justizdienste geschieden. — Der Amtsrichter Dr. Burchardi in Brees, und der Kreisrichter Friedrich Hoffmann in Dingelstedt sind gestorben. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Kirchhoff bei dem Kreisgericht in Olpe, mit der Function als Gerichts-Commissionarius in Attendorf, und der Gerichts-Assessor Guthzeit bei dem Kreisgericht in Allenstein, mit der Function als Gerichts-Commissionarius in Warburg. — Die von den Notablen des Handelsstandes in Grefeld getroffenen Wahlen des bisherigen Richters Hermann Schumacher und des bisherigen Ergänzungsrichters Adolph Randow zu Richtern, und des bisherigen Ergänzungsrichters Emil de Greiff und Conrad Sohmann, sowie des Seidenfabrikanten Arthur Leykner zu Ergänzungsrichtern bei dem Handelsgericht in Grefeld haben die Allerhöchste Bestätigung erhalten. — Verlegt sind: der Staatsanwalt Salomon in Orlsburg an das hiesige Stadtgericht, und der Staatsanwalt Barth in Schwab in die Kreisgerichte in Bromberg und Jnowracław, mit Anweisung des Wohnsitzes in Bromberg. Der Gerichts-Assessor Köcher ist zum Staatsanwalts-Gehülfen bei der Staatsanwaltschaft in Magdeburg ernannt. — Die durch die Verlegung des Justizraths Paulini erledigte Rechtsanwaltsstelle bei dem Kreisgericht in Gumbinnen wird nicht wieder besetzt. — Dem Gerichts-Assessor Hoppenstedt in Gelle ist behufs Uebertritts zur Staats-Eisenbahn-Verwaltung die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste erteilt. — Der Referendar Giesbed ist zum Gerichts-Assessor im Bezirk des ostpreussischen Tribunals zu Königsberg in Pr. ernannt. — Der Departements-Rath- und Rechnungs-Rath, Rechnungsrath Bort in Hamm ist an das Appellationsgericht in Marienwerder verlegt. — Dem Gerichtskassen-Rendanten, Rechnungsrath Schürke in Gröben ist bei seiner Verlegung in den Ruhestand der Rote Adler-Orden IV. Klasse verliehen.

Literarisches.

* [Otto Janke's deutscher Volkskalender] für 1874 reißt sich den früheren Jahrgängen dieses Kalenders in empfehlenswerther Weise an. Gefällig ausgestaltet und mit vielen guten Holzschnitten geziert, bereinigt er in seinem überaus mannigfachen Inhalte das Nützliche und Wissenswerthe mit dem Angenehmen und Unterhaltenden. An kleine, hübsche Erzählungen, die im besten volksthümlichen Tone gehalten sind, reihen sich geschickliche Aufsätze, wie: „Kaiser Wilhelm als Verlobter und Hochzeiter“, über die blutigen Greife der Jesuiten in Thorn, u. A. Die abenteuerlichen Schicksale der Hanfahner von der zweiten deutschen Nordpolar-Expedition sind in spannender Weise geschildert; die Beschreibung des neuen Hypothen-Gesetzes und der Grundbuch-Ordnung, deren Kenntnis für Haus- und Gutsherr so überaus wichtig ist, wird fortgesetzt und abgeschlossen und eine klare Uebersicht über die neue Kreisordnung gegeben. Wir finden in dem Kalender eine Reihe Portraits und Biographien von berühmten Gelehrten, Staatsmännern und Dichtern, gute Anekdoten, eine Uebersicht der wichtigsten Ereignisse des letzten Jahres und, außer Gemeinplätzen aus Haus- und Landwirthschaft, vergleichende Tabellen der alten Maße und Gewichte mit den neuen, ein vollständiges Jahrmärkteverzeichnis u. s. w. Zu Familien- und sonstigen Notizen sind einige weiße Blätter mit Monatsübersichten beigegeben, Hausfrauen und Landwirthen eine gewiß willkommene Zugabe, und wie über das Weiter und die Constellation der Gestirne, so giebt der Volkskalender auch Aufschluß über die jedesmalige Zeit in den verschiedenen Ländern der Erde. Das Büchlein, ist wie ein Füllhorn, das das neue Jahr ausschüttet.

* Illustrierte Volkszeitung. Redaction und Verlag von Eduard Hallberger in Stuttgart. Ein neues illustriertes Blatt, ein Familienblatt für das deutsche Volk, das wir, nachdem wir von den ersten Hefen Einsicht genommen, freudig willkommen heißen. Denn die „Illustrierte Volkszeitung“ hält und giebt, was ihr Name verspricht. In prächtigem großen Format, geschmückt mit Bildern, die durch Gegenstand und Ausführung gleich sehr anziehen, bietet diese neue Blatt eine solche Fülle des Unterhaltenden und anziehendsten Lesestoffes, daß es mit den besten seinesgleichen fast in die Schranken treten kann und unserer Journalalliteratur alle Ehre macht. Unterhaltung gewährt die „Illustrierte Volkszeitung“ in Hülle und Fülle durch Romane — von denen gleich zwei der spannendsten neben einander laufen — durch Novellen, Erzählungen und Abenteuer. Die Geschichte des Tages, das Zeitereignis ist durch die lebendigste Schilderung — durch zahlreiche Illustrationen vertreten. Daran reihen sich belehrende und unterhaltende Aufsätze, wie sie das Volk zu seiner Aufklärung gerne liest. Eine Gerichtszeitung erzählt die interessantesten Criminalfälle aller Länder und ein überreiches Feuilleton bringt Feste, Jagdgeschichten, Anekdoten, Humoristika, ein buntes und unterhaltendes Allerlei, das das Wahrgeheim dieser Zeitschrift zu werden bespricht. Dazu noch als Prämie einen großen Prachtstahl, ein Kunstblatt ersten Ranges „Friederike“ von Senefeld von W. von Kaulbach.

* [Die Verhandlungen des zweiten ordentlichen Verbandstages der deutschen Gewerksvereine], abgehalten zu Berlin vom 16. bis 21. April 1873. Nach den stenographischen Aufzeichnungen. Berlin, Franz Dunder, 1.73. Der nun vorliegende, sauber ausgestattete Band (208 Seiten, Preis 15 Sgr.) gewährt einen allseitigen Einblick in das Streben und Wirken der so viel bestrittenen Arbeiterorganisation, der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, und kann daher allen denen empfohlen werden, welche sich ein begründetes Urtheil über die gegenwärtige Arbeiterbewegung, insbesondere über die deutschen Gewerksvereine, verschaffen wollen. Wir finden in den Verhandlungen u. A. den vom Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch erstatteten Jahresbericht pro 1872 über die Thätigkeit des Verbandes und des Centralraths, ein Referat über die Stellung der Gewerksvereine zu den Wahlen und über die Vertretung der Gewerksvereine auf dem Reichstage und den Landtagen, ferner ein Referat des Herrn Franz Dunder über die deutsche Fabrik- und Handwerksverfassung, sowie solche über die Verbands-Angebote und die neu zu gründende Wittwen- und Waisenkasse von Director Dr. Zillmer, Prof. Dr. Birkow, Dr. Max Hirsch, nicht minder eine Reihe anderer interessanter Verhandlungen.

* [Formularbuch für die untersuchungsföhrenden Offiziere] der preussischen Armee von Meißendorff, Garnison-Auditeur und Justiz-Rath, neue Ausgabe. Berlin 1873. Verlag der Königl. Geh. Ober-Postbuchdruckerei (R. v. Deder). 11 1/2 Bg. gr. 8. Preis 1 Thlr. Das vorliegende, eine Sammlung praktischer, systematisch geordneter Beispiele zu dem deutschen Militärstrafgesetzbuch enthaltende Formularbuch muß als ein durchaus zeitgemäßes literarisches Product betrachtet werden und wird sich demzufolge wohl bald in unseren Offizierskreisen die gebührende Beachtung verschaffen. Dem eigentlichen von dem Strafverfahren gegen Personen des Soldatenstandes und Militär-Unterbeamte, insofern ersteres vor die niedere Militärgerichtsbarkeit gehört, handelnden in zwei Abschnitte zerfallenden Inhalt folgen zwei Anhänge, in deren erstem sich Beispiele von Verhandlungen vorfinden, zu deren Aufnahme die untersuchungsföhrenden Offiziere außer den ihnen als Inquirenten und Referenten obliegenden richterlichen Geschäfte verpflichtet sind, während in dem zweiten andere zahlreiche notwendige zur Kenntniß der gedachten Offiziersategorie gehörende Formularbeispiele aufgeführt sind, so daß mit Recht behauptet werden kann, das ganze Werk genüge jedem in gebachter Richtung an ihn herantretenden Anspruch.

* [Die Synodalordnungen.] Ein sehr hübsch ausgestatteter Abdruck des Allerhöchsten Erlasses vom 10. September d. J., betreffend Einföhrung einer evangelischen Kirchen-Gemeinde- und Synodalordnung u. c. sowie der Verordnung über Einberufung einer außerordentlichen Generalsynode für die 8 älttern Provinzen ist soeben in der von Kortkamp in Berlin herausgegebenen Sammlung preussischer Gesetze (Heft 17, H. 8, 6 Sgr.) erschienen. Wir versehen nicht, auf diese namentlich durch großen Druck sich

